

ÖKONOMISCHE BILDUNG FACHKUNDIG VERMITTELN

KONSEQUENTES HANDELN BEIM SCHULFACH WIRTSCHAFT-POLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Als Teil der Allgemeinbildung ist ökonomische Bildung unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung von Mündigkeit, Urteilsvermögen und Verantwortlichkeit sowohl für das eigene Leben als auch für die Gesellschaft. Nur wenn Sinn, Legitimation und Funktion der Sozialen Marktwirtschaft durchdrungen wurden, können sich Bürgerinnen und Bürger souverän einbringen – sei es als Teilnehmende am Wirtschaftsgeschehen (Verbraucher, Arbeitnehmer, Unternehmer (m/w)) oder als Mitwirkende an der politischen Willensbildung. Die aktuell erneut inszenierte Gegenüberstellung von ökonomischer und politischer Bildung als vermeintlich gegensätzlicher Pole ist daher weder zutreffend noch zielführend. Ökonomische Bildung leistet schon allein durch die Vermittlung der notwendigen Wissensgrundlagen einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur politischen Bildung. Erst recht gilt dies für die Thematisierung von Problemen und Lösungsansätzen der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne des Wortes. Die für ein gelingendes Leben in der modernen Gesellschaft notwendige ökonomische Bildung der heranwachsenden Generation kann nur durch ein eigenständiges Fach mit einer professionellen Lehrerbildung gewährleistet werden.

Daher begrüßen wir die von der Landesregierung tatkräftig eingeleitete Stärkung der ökonomischen Bildung in allen Schulformen. Entscheidend ist nunmehr jedoch, dass „Wirtschaft-Politik“ sach- und fachkundig unterrichtet wird.

Qualität in der schulischen Bildung ist nur durch Professionalität der Lehrenden zu erlangen, dies kann man an allen anderen Domänen ablesen. Zur sachgerechten und fachlich fundierten Vermittlung ökonomischer Bildung müssen zum einen grundlegende Lehramtsstudiengänge für den Lehrkräftenachwuchs und zum anderen Weiterbildungsangebote für bereits aktive Lehrkräfte unterbreitet werden. Der erste Schritt bedingt den zweiten: Es muss gewährleistet werden, dass angehende Lehrkräfte der neuen Schulfächer Wirtschaft, Wirtschaft-Politik und Wirtschaft und Arbeitswelt im Studium verpflichtend einschlägige wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsdidaktische Lehrveranstaltungen belegen oder im Rahmen von geeigneten Fortbildungsmaßnahmen entsprechende Kompetenzen erwerben. Ökonomische Bildung in der Schule verdient eine Bildungsinfrastruktur (Schulfach, Lehrerbildung, Curricula, darauf abgestimmte Schulbücher usw.), wie sie auch für traditionelle Fächer selbstverständlich ist. Was für andere Fächer gilt – dass z.B. Fremdsprachen oder Mathematik grundsätzlich von entsprechend ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet werden – muss auch für den Wirtschaftsunterricht gelten. Die Wirtschaftsfächer benötigen nicht „mehr“, vertragen aber auch nicht „weniger“ als andere Schulfächer. So kann gewährleistet werden, dass die öffentlichen Schulen Nordrhein-Westfalens den Heranwachsenden die bestmögliche ökonomische Bildung bieten können.

Wir fordern die Landesregierung auf:

1. Die bestehenden **Erfahrungen aus Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen** in die Entwicklung von Lehrplänen ebenso wie in die Lehrkräfteaus- und -weiterbildung einfließen zu lassen.
2. Den Namen **Wirtschaft-Politik** für das Fach auch in der Sekundarstufe II zur Vereinheitlichung mit der Sekundarstufe I und der Nomenklatur in anderen Bundesländern einzuführen.
3. Den Bereich „Wirtschaft“ ausdrücklich als **Studienfach in die Lehramtszugangsverordnung** aufzunehmen (bisher ist er nur unter Sozialwissenschaften subsumiert).
4. **Fachliche und fachdidaktische Lehrerfortbildungen** im Bereich der ökonomischen Bildung zu priorisieren und den Schulen dazu den nötigen Handlungsspielraum zu geben.
5. Bei der Deckung des Bedarfs an qualifizierten Lehrkräften auch auf innovative, **digital gestützte Lehr- und Lernformate** des „Blended Learning“ zurückzugreifen, die sich vielfach bereits in der Praxis bewährt haben.
6. Entsprechende **Fortbildungsangebote zu zertifizieren**, so dass für die teilnehmenden Lehrkräfte eine nachhaltige Anerkennung ihrer erworbenen wissenschaftlichen Qualifikationen gewährleistet ist.

Als Netzwerk aus Wissenschaft, Schule, Verbänden und Wirtschaft sind die Unterzeichner bereit, das Land Nordrhein-Westfalen bei seinem wichtigen Vorhaben der Stärkung der ökonomischen Bildung zu unterstützen – sei es mit fachlicher oder fachdidaktischer Kompetenz, personell oder finanziell.

Düsseldorf, im Februar 2019

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte | Deutsche Gesellschaft für Ökonomische Bildung | Dieter von Holtzbrinck Stiftung | DIE FAMILIENUNTERNEHMER | Flossbach von Storch Stiftung | Institut für Berufliche Hochschulbildung | Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg | Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften und Didaktik der Wirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen | Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in NRW | Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen | ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE BILDUNG IN SIEGEN